

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telefax: 866 848 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Hans Eichel zum Tode
von Oswald von Nell-
Breuning: Sozial, ge-
recht und streitbar.

Seite 1

Dokumentation

Björn Engholm, SPD-
Vorsitzender und Mini-
sterpräsident von
Schleswig-Holstein,
hielt einen Vortrag zum
150. Jahrestag des
Deutschlandliedes, den
wir in zwei Teilen ver-
öffentlichen: Nachden-
ken über Hoffmann von
Fallersleben. (Teil II und
Schluß)

Seite 2

46. Jahrgang / 161

23. August 1991

Sozial, gerecht und streitbar Zum Tode von Oswald von Nell-Breuning

Von Hans Eichel
Hessischer Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht in der Schuld Os-
wald von Nell-Breunings. Weil der streitbare Jesuitenpater in der katho-
lischen Kirche, aber auch öffentlich die sozialen Fragen formulierte und
Antworten suchte, trug er viel zu einem intensiven und fruchtbaren
Dialog zwischen SPD und katholischer Kirche bei. Daß die von den
Anfängen der Arbeiterbewegung bis in die 70er Jahre unseres Jahr-
hunderts hinein spannungsgeladenen Beziehungen einem partner-
schaftlichen Verhältnis zur katholischen Kirche gewichen sind, verdan-
ken wir Oswald von Nell-Breuning.

Er hat 63 Jahre lang in der Ordenskommunität Sankt Georgen in
Frankfurt am Main gelebt und an der dortigen Philosophisch-Theologi-
schen Hochschule gelehrt. Mit seinem engagierten und couragierten
Eintreten für die Rechte der Arbeitnehmer, mit seinen kritischen Fragen
und Feststellungen war er der Kirche oft unbequem. Aber als radikaler,
gradliniger und unabhängiger Denker brachte er auch bei der SPD und
den Gewerkschaften manche liebgewordene Position ins Wanken.
Sein Einfluß auf das Godesberger Programm ist unübersehbar, er hat
den Weg der Sozialdemokratie zur breiten Volkspartei mit geebnet.

Kirche und Sozialismus, Kirche und Sozialdemokratische Partei hielt er
für zwei "verschiedene und sauber auseinanderzuhaltende Frage-
kreise", die sich jedoch teilweise überschneiden. Als ganz unzulässig
bezeichnete er es gleichzeitig, Kirche mit einer für die Rechte der Kir-
che eintretenden politischen Partei (wie es das Zentrum im Bismarck-
reich war) oder mit sich zum christlichen Ethos bekennenden und sich
darauf verpflichtenden Parteien (wie die CDU und die CSU in der Bun-
desrepublik) gleichzusetzen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit 100% altem Recycling-Papier



Oswald von Nell-Breuning wurde 1890 in derselben Stadt wie Karl Marx, in Trier, geboren. Mit dem Marxismus setzte er sich Zeit seines Lebens eingehend und unvorurteilnehmend auseinander: "Erst wenn alles Fehlerhafte, worauf Marx mit seiner Kritik uns aufmerksam gemacht hat, wenigstens grundsätzlich berichtigt und ausgeräumt sein wird, so daß wir dieses Stacheln in unserem Fleisch nicht mehr bedürfen, erst dann ist dieser große Gegner überwunden." Zur Überwindung - und dieses Wort hat nicht den Beiklang von Sieg, sondern von Fortschritt - leistete Oswald von Nell-Breuning seinen Beitrag zum Beispiel mit den berühmten Artikeln im Staatslexikon.

So erklärte er die Forderung nach Sozialisierung von Unternehmen mit dem "bis heute unbefriedigend gelösten Problem des Mitbestimmungsrechts": "Die eigentliche Beschwerde der Arbeitnehmerschaft gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, der durch dessen Vergesellschaftung abgeholfen werden sollte, war und ist ja nicht die wirkliche oder vermeintliche Ausbeutung, sondern die Tatsache, daß im Herrschaftsverband von Unternehmen und Betrieb über die dort arbeitenden Menschen eine Fremdherrschaft ausgeübt wird, vor allem aber daß dieses Herrschaftsverhältnis der rechtsstaatlichen entbehrt, in diesem Sinn also ein Gewaltverhältnis ist." Diese Gedanken führten Oswald von Nell-Breuning zur Forderung nach einer echten Mitbestimmung, bei der Arbeit und Kapital gleichberechtigt und gleichwertig an der Willensbildung des Unternehmens teilhaben sollen.

Die Sozialdemokratische Partei hat mit Oswald von Nell-Breuning einen wichtigen Wegbegleiter und Impulsgeber verloren. Doch sein Werk wird weiter bestehen.

(-/23. August 1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

Björn Engholm: Nachdenken über das Deutschlandlied (Teil II und Schluß)

Der SPD-Vorsitzende und schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm hielt auf einer Veranstaltung der Stiftung Mecklenburg zum 150. Jahrestag des Deutschlandliedes am 14. August 1991 in Ratzeburg einen Vortrag, aus dem wir Auszüge dokumentieren.

Kleiner Exkurs über Ludwig Reinhard

Der Dichter Hoffmann verdient auch heute den Respekt der Demokraten. Ob er, mit seinem ganzen Leben, uns ein politisches Vorbild sein könnte, scheint mir fraglich. Auf der Suche nach Vorbildern aus unserer Region stoße ich auf Ludwig Reinhard, der Pastorensohn aus dem lauenburgischen Mustin, der hier in Ratzeburg zur Schule gegangen ist. Reinhard, wie Hoffmann ein Freund des Dichters Fritz Reuter, war 1846/49 mecklenburgischer Abgeordneter im Frankfurter Paulskirchen-Parlament. Er gehörte dort zur linken "Fraktion Donnersberg", also zu den wenigen echten Republikanern. Ludwig Reinhard hielt Vorträge im Hamburger Arbeiterverein, war Redakteur einer Arbeiterzeitung und Mitglied der Führung des Verbandes deutscher Arbeitervereine. Will heißen: Reinhard hat für seine Sache auch praktisch, kämpferisch gekämpft.

Nachdem er in Boizenburg seine Schulrektorenstelle verloren und in Rostock im Gefängnis gesessen hatte, schrieb Reinhard in einem bei Hoffmann und Campe 1853 erschienenen "Neujahrsgruß aus Mecklenburg an Deutschland": "Wo Ihr auch sonst hinblickt, habt Ihr den

Abgrund des Absolutismus und des Communismus vor Euch. Es bleibt Euch keine Wahl. Ich bin von der Reaktion geächtet und geknechtet, meine Partei ist zu Boden geworfen. Niemand fühlt den Druck härter als ich. Aber mein Muth, daß die Wahrheit des demokratischen Princips die Welt erobern wird, ist unerschütter. Ich sage Euch aus voller Überzeugung und mit steter Zuversicht: Der Demokratie gehört die Zukunft.*

Wir wissen und sehen heute überall auf der Welt: So ist es. Der Journalist und Politiker Reinhard verkörpert - wohl mehr als der Hochschullehrer und Dichter Hoffmann - den Typus des demokratischen Patrioten, der immer beides wollte: Demokratie und nationale Einheit; und der nicht bereit war, das eine um des anderen willen aufzugeben.

"Demokratie" und "Nation"

Das geeinte Deutschland des Jahres 1871 erscheint rückblickend als die Konstituierung einer "verspäteten Nation". Der Begriff "verspätete Nation" verweist auf sein Gegenteil, auf sozusagen "rechtzeitig" geeinte Nationen wie Frankreich oder Großbritannien. Aber ist in beiden Fällen mit "Nation" das gleiche gemeint, nur eben "früher" oder "später"? Oder hat das lange Ringen um die nationale Einheit in Deutschland - und übrigens auch in Italien - nicht auch das Ziel verändert? Ich meine, ja. Nach dem früheren Ideal der französischen Revolution sind "Nation", "Volk" oder "Gesellschaft" Synonyme für den neuen Souverän im Staate, der an die Stelle der Gottesgnaden-Monarchie tritt. Nicht mehr der König "ist" Frankreich: "L'Etat c'est moi", sondern: Frankreich, das ist die französische Nation.

Und was diese Nation ist, das hat Abbe Sieyes so definiert: "Ein Verband von Menschen, die unter dem gleichen gemeinen Recht leben und von ein und derselben gesetzgebenden Körperschaft vertreten werden." Mit anderen Worten: das einheitliche Staatsvolk ist schon da, und es konstituiert sich als souveräne Nation, indem es die demokratische Revolution macht.

Carl Friedrich Bahrdt hat diesen Gedanken der Volkssouveränität so formuliert: "Rebellion ist kein Verbrechen (...). Eine Nation rebelliert nicht, sondern sie reklamiert nur ihre Rechte, deren Ausübung sie übertragen hatte."

Aber die Ausgangslage im Deutschland des 18. und 19. Jahrhunderts ist eine andere. Das Volk, das die demokratische Revolution machen kann, ist auf eine Vielzahl souveräner König-, Herzog- und Fürstentümer verteilt. Da ist es eine berechtigte und nicht nur rhetorische Frage, die Ernst Moritz Arndt vorträgt: "Was ist des Deutschen Vaterland?" Gehört Österreich dazu, auch Ungarn? Süd- und Nordschleswig? Das Elsaß? Bayern? Die nationale und die demokratische Frage, das sind im Deutschland des 19. Jahrhunderts zwei getrennt zu beantwortende Fragen. Und die nationale Frage beinhaltet zuallererst das Problem der Abgrenzung gegenüber anderen Nationen.

Die sehnsüchtig überhöhte deutsche Nation ist ein Konstrukt, nicht durch anerkannte Grenzen objektiviert sondern durch germanistisches Pathos geschmiedet: Wo man Deutsch spricht - Arndt: "Soweit die deutsche Zunge klingt" -, ist angeblich Deutschland. Wer Deutsch spricht, ist Deutscher. So verselbständigt sich allmählich die Idee der Nation, sie wird von einem Vehikel der demokratischen Emanzipation zu einem Ziel an sich, zur "Reichsvision". Für alle Probleme bloß eine Lösung: Deutschland. Als Bismarck 1871 aus seinem preußischen König einen deutschen Kaiser macht, ist das Ziel erreicht. Das Deutsche Reich: eine verspätete Nation - und keine demokratische Republik. Staatliche Einheit nach außen ja, demokratische Selbstbestimmung im Innern: nein.

Die Revolution, die aus Deutschland eine Republik macht, findet erst nach der Katastrophe eines Weltkrieges, 1918, statt.

Kultur und Politik

Es gibt in Deutschland eine eigenartige Polarität zweier Begriffe, die hier, ähnlich wie Demokratie und Nation, bis heute nicht zusammengehen wollen: Ich meine den schon erwähnten historischen Antagonismus von Kultur und Politik.

Politik, das ist im 18. und 19. Jahrhundert für das deutsche Bürgertum der Bereich seiner Unfreiheit und Demütigung. Die politischen Führungsgruppen im Staate, das heißt: in all den deutschen Staaten stellen, eigentlich bis 1918, die höfisch-aristokratischen Kreise. So mächtig sie ökonomisch auch werden mögen, politisch bleiben die Bürger Untertanen; die bürgerliche Gesellschaft bleibt in Deutschland eine Gesellschaft zweiter Klasse, ängstlich abgeschirmt von den Klassen darunter und immer orientiert an der erstklassigen Gesellschaft. Das trefflichste Psychogramm des bürgerlichen "Untertanen" - Sie kennen es - hat Heinrich Mann geschrieben.

Kultur dagegen ist für die deutschen Mittelklasse-Eliten der Bereich ihrer Freiheit und ihres Stolzes. Hier sind die Bildungsbürger dem Adel haushoch überlegen. In ihrer "Gelehrtenrepublik", ihrer "Kulturnation" gibt es keine Privilegien, keine Standesdünkel und Vorurteile. Hier weht der freie Geist der Aufklärung. Kultur steht für den Fortschritt der Wissenschaften und der Philosophie, für die neue, betont schlichte Ästhetik des Biedermeier und die unvergängliche Literatur der "Genies" und anderer Dichter und Denker.

Norbert Elias, der 1990 verstorbene große deutsche Soziologe, hat diese Polarität von Politik und Kultur untersucht. Er schreibt in seinem letzten, noch zu Lebzeiten erschienenen Werk "Studien über die Deutschen": "Für viele Angehörige der gebildeten deutschen Mittelklassen bedeutete die Kultur einen Raum des Rückzugs und der Freiheit. Der Rückzug in den apolitischen Bereich der Kultur erlaubte es ihnen, eine Haltung der Reserve, und oft einer sehr kritischen Reserve, gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung zu wahren, ohne sich dem Regime aktiv zu widersetzen und einen offenen Konflikt mit seinen Repräsentanten einzugehen."

Es war ein Teufelskreis: Die politische Ohnmacht förderte den Rückzug auf die Kultur, und dieses politische Zurückgenommenensein zementierte die Machtlosigkeit. Aus dieser apolitischen Oppositionshaltung, die wir ja auch bei Hoffmann von Fallersleben finden, ist in Deutschland zumelst eine antipolitische Haltung geworden: zunächst gegen das Regiment autokratischer Fürsten, später auch gegen die Parlamentspolitik der Weimarer Politik. Es ist ein gefährlicher Spalt zwischen hoher "Kultur" und niederer "Politik" entstanden, der uns heute nicht gleichgültig sein kann.

Der Ausbruch aus diesem "Reservat Kultur" ist, erfolgreich, nur selten geglückt - zuletzt beim Sturz der Parteidiktatur in der Tschechoslowakei. Einer der hervorragendsten Köpfe aus der Kulturbewegung ist heute Präsident der CSFR, Vaclav Havel. Dieser Ausbruch aus der Kultur ist 1848/49 in Deutschland gescheitert; 1989/90 ist er teilweise gelungen; ist gelungen, obwohl manche kritischen Geister der alten DDR sich in die vielzitierte "Nische" zurückgezogen hatten; viele waren außer Landes gedrängt worden. Trotzdem war in diesem 40 Jahre alten scheinbar stabilen Regime eine Revolution möglich. Wir fragen: wie? Eine polnische Stimme antwortet: "Es mußte erst eine Generation kommen, die nicht wußte, daß es unmöglich war."

Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs und Kurt Masur, auch Christa Wolf und viele andere haben den Spalt zwischen Kultur und Politik überbrückt, nicht im Sinne einer oppositionellen Politikerreserve, sondern als Citoyen, als Aktivbürger, die sagen: Es ist unsere Gesellschaft, unser Land, wir sind das Volk.

"Nationale" Identität oder Weltinnenpolitik?

Fast wollte es für eine kurze Zeit im Winter 1989/90 scheinen, als bilde sich auf der einen Seite tatsächlich eine eigenständige DDR-"Nation", die als Souverän nach demokratischer Gestalt verlangt. Und auf der anderen Seite der gerade gefallenen Mauer: eine westdeutsche Gesellschaft, deren Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit bei Infas zu Protokoll geben: "Die Integration Westeuropas hat Vorrang vor der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR."

Diese Positionen haben sich binnen weniger Wochen gründlich geändert: Die zweite Phase der DDR-Revolution galt dem "einig Vaterland". Und die westdeutschen "Brüder und Schwestern" begannen rasch, sich für die kaum für möglich gehaltene Vorstellung von der Einigung der beiden deutschen Staaten zu erwärmen.

Deutschland im Winter 1989/90: Ist das die Geburtsstunde eines neuen deutschen Nationalismus?

Jürgen Habermas schreibt schon etwas verbittert im Plusquamperfekt: "Die Bürger der Bundesrepublik hatten ein nicht-nationalistisches Selbstverständnis entwickelt." Hatten. Haben sie jetzt ein nationalistisches? Meine Antwort ist: nein. Und sie lautet Nein auch zur Vermutung Habermas', es könne einen "DM-Nationalismus" geben. Die Menschen in Ostdeutschland sind, nach den versiegenden Wundersversprechen, nüchtern geworden - der große Segen wird noch auf sich warten lassen. Und wir im Westen Deutschlands sind zwar zum Teilen bereit - aber zu viel soll's auch nicht sein.

Statt Nationalismus also eher eine Mischung aus resignativer Hoffnung dort und wirtschaftlichem Egoismus hier; weit entfernt jedenfalls vom karikierten deutschen Über-Michel. Statt "Was kostet die Welt" zu rufen, stöhnt er gesamtdeutsch eher: "Was das nur alles kostet". Das mag tendenziell unsolidarisch sein - nationalistisch ist es gewiß nicht.

Wir tun deshalb gut daran, heute in Deutschland nicht von der "nationalen", sondern von der "deutschen" Einheit zu reden und unseren Nachbarn und uns selbst zu versichern, daß wir kein nationalistisches Selbstverständnis mehr haben. Worauf sollte sich das auch noch richten?

Auf die deutsche Sprachnation? Niemand will Österreich und Teile der Schweiz mit Deutschland vereinen. Aber Österreich wird in absehbarer Zukunft Mitglied der EG sein, so wie wir.

Brauchen wir nationale Gefühle, damit unsere Demokratie besser funktioniert? Was tut die "Nation" in der Ratzeburger Ratsversammlung? Im lauenburgischen Kreistag? Im Schleswig-Holsteinischen Landtag? Im Bundes- oder Europa-Parlament? Die Entwicklung unserer Demokratie hat längst begonnen, sich von der alten Kategorie des Nationalstaats abzulösen. Und das kann durchaus segensreich für uns sein.

"Die Nation" stellt kein Kriterium der selbstüberheblichen Abgrenzung mehr dar, nicht nach außen, gegenüber unseren europäischen Nachbarn; nicht nach innen, gegenüber den Familien aus der Türkei, aus Italien oder Spanien; oder etwa gegen unsere dänischen Freunde in Südschleswig. Nach der Nationalität deutscher Juden wird hoffentlich niemand je mehr fragen! Denn unsere Gesellschaft ist sich weitgehend bewußt: Nationalistische Überheblichkeit, Ab- und Ausgrenzung völkischer Provenienz waren die mörderischsten Antriebe unserer Geschichte.

Karl Kraus schrieb 1920:

"Daß Du nicht meiner Mutter Sohn,
das wird mich dauernd empören,
Es ist und bleibt der Stolz der Nation,
zur anderen nicht zu gehören."

Solches Nationalgefühl und jede Form von Nationalismus sind Kategorien der Vergangenheit, historische Kategorien, aus denen wir heute keine Identität schöpfen können. Die Ministerprä-

sidenten der westdeutschen Bundesländer haben vor gut einem Jahr einstimmig beschlossen: "Ein einheitliches Deutschland darf schon von seiner Größe und seinem Gewicht her kein Nationalstaat im historischen Sinne sein. Es wird in noch viel stärkerem Maße ein entschieden föderativ geprägter Bundesstaat sein müssen. Die Identität oder das Heimatgefühl der Menschen hierzulande, sie haben nicht in erster Linie zu tun mit 'deutscher Zunge', Rasse oder Gesinnung. Wir sind Lübecker, Ratzeburger oder Wismarer, Schleswig-Holsteiner oder Mecklenburger, wir sind deutsche Europäer, und im Unterschied zur Generation unserer Eltern sind wir, jedenfalls im Westen, schon zu einem guten Teil Weltbürger geworden - nicht nur dank Air Tours, Mc Donald's und Kabelfernsehen.

Unsere Ideale sind keine Grenzfährnchen auf der europäischen Landkarte, sondern es sind

- die grenzübergreifenden Bürgerrechte,
- die politischen und sozialen Menschenrechte,
- die universalen Freiheitsrechte

in der einen Welt für alle.

"150 Jahre Deutschlandlied", dieser Jahrestag begegnet uns zu einem Zeitpunkt, an dem das Nachdenken über Deutschland und deutsche Geschichte zu einer aktuellen Aufgabe nicht nur für die Intellektuellen, sondern auch für die Politik geworden ist. Für uns alle steht am Beginn unserer neugewonnenen staatlichen Einheit die Erkenntnis, daß die Einheit der Nation alles andere als eine bloß deutsche Frage war:

- Wir sind unseren Nachbarn und Partnern in der EG dankbar für ihre freundschaftliche Solidarität.
- Wir wissen das Vertrauen zu schätzen, das die Alliierten des Jahres 1945 uns im Jahre 1990 entgegengebracht haben.
- Wir würdigen die freiheitliche Pionierarbeit der polnischen Solidarnosc-Bewegung.
- Wir anerkennen den Immensen Beitrag der Perestroika-Politik Michail Gorbatschows.
- Und wir danken den Ungarn, die 1989 den Eisernen Vorhang als erste zerrissen haben.

Die deutsche Einheit in den Grenzen von 1990 stand nicht wie 1871 im Zeichen von Blut und Eisen, sondern im Zeichen von Freiheit und Demokratie in Europa und weltweit.

Deutschland, das im zurückliegenden Jahrhundert zwischen Kaiserreich und Republik, Nazi-Diktatur, Stasi-Staat und Bundesrepublik viermal grundlegend seine politische Gestalt gewechselt hat, ist heute sozusagen "angekommen bei Kant". Der schrieb vor 200 Jahren: Um den Maximen der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen, sei "dieser Nationalwahn auszurotten". An dessen Stelle sollten treten: "patriotism und cosmopolitanism". Und Patriotismus in diesem Zusammenhang kann nur heißen: Die politische Partizipation des Aktivbürgers am öffentlichen Leben. Patriotismus und Cosmopolitanismus, das bedeutet seit der Französischen Revolution: demokratische Identität und Weltbürgertum.

(-/23. August 1991/rs/ks)
